

EU schwächert mit Teheran um Atomwaffen und Flüchtlinge

Ist der verschärfte Kurs deutscher Behörden gegen Angehörige der Volksmujahedin, die in Deutschland Schutz als Flüchtlinge gefunden haben, ein Zugeständnis an die iranische Regierung, damit diese ihr Atomprogramm aufgibt?

Nach unseren Beobachtungen werden iranische Flüchtlinge seit einigen Monaten als angebliche oder tatsächliche Unterstützer/innen der sog. Volksmujahedin ("Mujahedin-e-Khalq" - MEK) zunehmend vorgeladen und verhört, auch wenn sie schon jahrelang als Flüchtlinge in Deutschland leben und sich nie etwas haben zuschulden kommen lassen. Hunderten iranischen Flüchtlingen wurde mittlerweile die Flüchtlingsanerkennung in Widerrufsverfahren entzogen, weil sie angeblich als eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik anzusehen seien. Vermehrt ist es zu Ausweisungen wegen angeblicher Unterstützung einer "terroristischen Organisation" gekommen, auch Einbürgerungsanträge wurden unter Hinweis auf eine angebliche Unterstützung der MEK abgelehnt.

Die Vermutung liegt nahe, dass dieser neue Kurs gegenüber iranischen Flüchtlingen mit den Verhandlungen zwischen der EU und Teheran über das iranische Atomprogramm in einem mittelbaren Zusammenhang steht. Einer Meldung der Presseagentur afp vom 21.10.2004 zufolge haben die Unterhändler aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland der iranischen Regierung im Namen der Europäischen Union nicht nur Hilfe zum Ausbau ziviler Atomanlagen, sondern u.a. auch angeboten, die MEK, die seit Juni 2002 auf der EU-Terrorliste als "terroristische Organisation" geführt wird, weiterhin als "terroristische Organisation" zu verfolgen, wenn Teheran im Gegenzug auf den Bau von Urananreicherungsanlagen und die Entwicklung atomarer Waffen verzichtet.

Teheran hat Ende November 2004 angekündigt, es werde auf "fast alle" Aktivitäten verzichten, die im Zusammenhang mit der Anreicherung von Uran stehen. Die Aussetzung der Uran-Anreicherung wird als freiwillige Entscheidung ohne jegliche Verpflichtung bezeichnet. Einen endgültigen Verzicht auf die Anreicherung von Uran lehnte die iranische Regierung aber ab. * *Für die EU begrüßte der Außenbeauftragte Javier Solana die Entwicklung. Die US-Regierung bekräftigte dagegen ihre Zweifel daran, dass Teheran wirklich eine umfassende Überprüfung durch die Internationale Atomenergie-Organisation IAEA zulässt. Die Verhandlungen zwischen der EU und Teheran werden weitergeführt.

Über die Rolle und Politik der iranischen Volksmujahedin kann man streiten. Problematisch erscheint es jedoch, wenn innerhalb der EU die Volksmujahedin zur "Verhandlungsmasse" erklärt wird nach dem Motto: Ihr verzichtet auf euer Atomprogramm, und wir verfolgen eure Regimegegner. Offenbar werden die ehemals als "Freiheitskämpfer" gegen den "Schurkenstaat" Iran gefeierten Angehörigen der Volksmujahedin deshalb vermehrt zur Zielscheibe staatlicher "Terrorismusverfolgung", weil sich Europa - in Konkurrenz zu den USA - vom "kritischen Dialog" mit den Mullahs einen Vorteil verspricht und bereit ist, trotz der nach wie vor zu beklagenden Menschenrechtsverletzungen im Iran die Gegner dieses Regimes zu Terroristen zu erklären. Hier wird die ganze Fragwürdigkeit eines unspezifizierten Terrorismusvorwurfs deutlich, der je nach politischer Opportunität gegen die eine oder andere Organisation in Anschlag gebracht (oder fallen gelassen) und durch Beschlüsse des Europäischen Rates in Listen im Amtsblatt veröffentlicht wird, ohne dass dies durch tatsächliche Handlungen belegt werden muss.

gez. Kai Weber

Niedersächsischer Flüchtlingsrat
Langer Garten 23 B
31137 Hildesheim
Tel. 05121 - 15605
Fax 05121 - 31609
